

## Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,  
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/07 SteuerA

Sitzungstermin: am Montag, den 08.10.2012, 18:03 Uhr bis 19:05 Uhr

Sitzungsort: Haus für Bildung und Freizeit, Langenäcker 38

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |          |                      |
|----|----------|----------------------|
| 1. | Ratsfrau | Bischoff, Lilli      |
| 2. | Ratsherr | Schroth, Gerald      |
| 3. | Ratsherr | Zieseniß, Roland Dr. |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |          |                       |
|----|----------|-----------------------|
| 4. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 5. | Ratsherr | Bienert, Sigurd       |
| 6. | Ratsherr | Gottschalk, Günter    |
| 7. | Ratsherr | Messing, Peter        |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |                  |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas      |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |     |          |                |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin |
|-----|----------|----------------|

#### Mitglieder UWG-Fraktion

- |     |          |                    |
|-----|----------|--------------------|
| 11. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
|-----|----------|--------------------|

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |                        |                           |
|-----|------------------------|---------------------------|
| 12. | Herr                   | Bischoff, Claus           |
| 13. | Behindertenbeauftragte | Heidecke, Hannelore       |
| 14. | Frau                   | Hippert-Glowienka, Anette |

#### von der Verwaltung

- |     |                         |                       |
|-----|-------------------------|-----------------------|
| 15. | Leiter Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard    |
| 16. | Fachdienstleiter        | Huschenhöfer, Michael |
| 17. | Verwaltungsbeamter      | John, Roland          |
| 18. | Erster Stadtrat         | Lahmann, Marc         |
| 19. | Fachdienstleiter        | Müller, Stefan        |
| 20. | Verwaltungsbeamter      | Zeidler, Stefan       |

#### als Gäste

- |     |          |                                  |
|-----|----------|----------------------------------|
| 21. | Ratsherr | Dobelmann, Reinhard ab 18.15 Uhr |
| 22. | Ratsfrau | Klein, Bettina                   |

#### es fehlten entschuldigt

- |     |      |                |
|-----|------|----------------|
| 23. | Frau | Ganther, Fenja |
| 24. | Herr | Gaum, Wilfried |

## **Tagesordnung:**

### Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Abschluss des Entschuldungsvertrages  
XVII/0181
4. Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts -Sachstandsbericht-  
XVII/0188
5. Kalkulationsperiode Friedhofsgebühren  
XVII/0192
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Nichtöffentliche Sitzung:

### Öffentliche Sitzung:

---

## **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Frau Westphal eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil wird in vorliegender Form beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil wird beschlossen.

---

## **2. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### **3. Abschluss des Entschuldungsvertrages** **Vorlage: XVII/0181**

Herr Lahmann gibt kurz den Gesprächsverlauf mit dem MI wieder. Zum vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der SPD und Bündnis90/Die Grünen sei noch keine Rückmeldung seitens des MI erfolgt. Herr Lahmann betont, dass die Tabelle in § 2 des Vertrages aus Sicht der Verwaltung so kurz wie möglich gehalten werden solle.

Herr Müller sagt, dass die vorliegende Anlage zum Vertrag zu der Entwicklung der Finanz Eckdaten nach Aussage von Herrn Ottens nach Einbringung des Haushaltsentwurfs 2013 angepasst werden muss. Dies erfolgt in Kürze.

Herr Lux erläutert die Ziffer I des Änderungsantrages, Herr Bienert die Ziffer II.

Herr Zieseniß moniert, dass der Änderungsantrag zu kurzfristig vorgelegt wurde und hält ihn daher für nicht abstimmbare. Er plädiert dafür, den TOP als behandelt zu erklären.

Herr Schroth fragt mit Bezug zum Änderungsantrag, ob der Siedlerplatz grundsätzlich veräußerbar sei. Herr Lahmann bejaht dies und fügt hinzu, dass dadurch ein außerordentlicher Ertrag entstehen könnte, der eine einmalige Entlastung des Haushalts zur Folge hätte. Herr Schroth sagt, dass diese Erträge dann zur weiteren Tilgung der Schulden verwendet werden könnten. Frau Westphal meint, dass der konsolidierende Effekt auf Dauer anhalten müsse und dies sei hier in Bezug auf die Unterlassung der Pflege gegeben.

Herr Zieseniß fragt, was passiere, wenn die HSK-Maßnahme der lfd. Nr. 21 in § 2 des Vertrages aufgenommen werde, aber nicht in voller Höhe erreicht werden könnte. Herr Lahmann sagt hierzu, dass die Schwierigkeit im Controlling sei, den Bezug zum Haushaltsjahr 2011 herzustellen, auf dem das HSK basiert. Man müsse hier einen Vergleich ziehen. Letztlich sei aber der § 2 verpflichtend einzuhalten.

Herr Müller betont ebenfalls, dass der § 2 die verpflichtenden Maßnahmen enthalte. Maßnahmen, die nicht in § 2 aufgeführt sind, seien aber trotzdem umzusetzen, da sie Bestandteil des HSK sind und diese Anlage des Entschuldungsvertrages sei. Hier gelte aber eine gewisse Flexibilität hinsichtlich der Kompensation von Maßnahmen.

Frau Westphal erklärt zum Änderungsantrag, dass dieser versuche, die große Brocken, wie von Herrn Ottens gewünscht, in den § 2 einzubinden. Herr Lahmann entgegnet, dass die Gewerbesteuer aus Sicht der Verwaltung nicht zwingend aufgenommen werden müsse. Er erklärt, dass die Gewerbetreibenden auch durch die Grundsteuer belastet würden, nicht nur durch die Gewerbesteuer.

Der TOP wird einvernehmlich als behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Die Stadt Barsinghausen schließt mit dem Land Niedersachsen den anliegenden Vertrag zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung (Entschuldungsvertrag).

---

#### **4. Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts -Sachstandsbericht- Vorlage: XVII/0188**

Herr Lahmann führt kurz in die Thematik ein und erklärt das Verfahren. Er sagt, dass die Fachdienste per standardisiertem Vordruck zum Stichtag 01.10.2012 zum Sachstand befragt wurden. Die Ergebnisse seien im vorliegenden Bericht zusammengefasst dargestellt und aufbereitet. Er fügt hinzu, dass sich die Verwaltung ein gutes halbes Jahr nach Beschluss des HSK auf einem guten Weg befinde.

Frau Dr. Beckmann findet den vorliegenden Bericht lobenswert. Sie meint, dass insbesondere unter dem immensen Zeitdruck ein solch globaler Bericht einen guten Überblick gäbe. Sie wünsche sich, dass zukünftig halbjährlich ein Bericht zur Entwicklung der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes erfolge. Wenn möglich, sollen dabei auch Aussagen zur finanziellen Umsetzung getroffen werden.

Herr Müller sagt, dass beim Controlling des HSK vielfältige Schwierigkeiten vorhanden seien. Ein Controlling müsse zweigleisig aufgestellt werden. Einerseits muss ein reines Maßnahmencontrolling durchgeführt werden, andererseits bedarf es eines Finanzcontrollings. Problem des Finanzcontrollings sei u.a. der ständige Bezug zum Basisjahr 2011. Außerdem werden Jahresergebnisse benötigt, die bislang nicht vorliegen.

Herr Müller ergänzt, dass zukünftig auch der Kommunalaufsicht berichtet werden müsse. Hier besteht noch Abstimmungsbedarf zur Ausgestaltung eines solchen Berichts. Er halte den Wunsch von Frau Dr. Beckmann grundsätzlich aber für umsetzbar.

Herr Lahmann geht auf den Begleitantrag der FDP zum HSK hinsichtlich der Verträge mit der Region Hannover über die Aufgabenwahrnehmung im Bereich Kindertagesstätten ein und fragt, ob eine Weiterverhandlung erfolge solle. Er sagt, dass durch die Anpassung der Regionsumlage unter Berücksichtigung der Finanzstärke der Kommunen schon eine Entlastung stattgefunden habe. Er würde daher von weiteren Verhandlungen absehen wollen. Der Ausschuss stimmt dieser Ansicht einvernehmlich zu.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

#### **5. Kalkulationsperiode Friedhofsgebühren Vorlage: XVII/0192**

Herr Huschenhöfer bittet darum, vor Vergabe der Kalkulation den Kalkulationszeitraum festzulegen.

Herr Lux fragt, welche Faktoren die Höhe der Friedhofsgebühr beeinflussen. Bei der Straßenreinigung bzw. dem Winterdienst ist dies eindeutig wetterabhängig, bei den Friedhofsgebühren sind ihm hier keine derartigen Einflussfaktoren ersichtlich. Herr Huschenhöfer sagt, die Festlegung des Kalkulationszeitraums beruhe auf der Rechtsprechung und habe nichts mit derartigen Faktoren zu tun. Herr Lahmann ergänzt, dass die Energiekosten, z.B. bei Kapellennutzung, einen Einfluss auf die Gebührenhöhe haben könnten.

Frau Dr. Beckmann fragt, ob die Dauer der Liegefristen verändert werden soll. Herr Huschenhöfer antwortet, dass diese gleich bleiben sollen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Kalkulationszeitraum für die Friedhofsgebühren wird auf 2 Jahre festgelegt. Davon ist nach § 13 Abs. 4 Nr. 3 Nds. Bestattungsgesetz die Kalkulation für die Gebühren für die Nutzung an Grabstätten ausgenommen.

---

## **6. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Müller gibt bekannt, dass die Bescheide für die Straßenreinigungsgebühr in Kürze verschickt werden. Veranlagt wird allerdings nur der überwiegende Teil, da es noch einige Klärungsfälle gäbe, die einer Nachveranlagung bedürfen. Die Fälligkeit 15.11. wird aber den Großteil der Gebührenpflichtigen betreffen.

Herr Müller gibt außerdem bekannt, dass die Einkommens- und Umsatzsteueranteile eine positive Entwicklung nehmen. Landesweit sei bei der Einkommensteuer eine Erhöhung um 12,1% zu verzeichnen, für Barsinghausen ergibt sich immerhin eine Erhöhung um 7,1%, was dazu führt, dass der Planansatz voraussichtlich um 900.000 EUR übertroffen werden kann. Bei der Umsatzsteuer gäbe es landesweit eine Senkung um 0,9%, in Barsinghausen sogar um 3,8%. Eine derart gegensätzliche Entwicklung zu Einkommensteuer sei ungewöhnlich. Herr Müller rechne aber dennoch damit, dass der Haushaltsansatz erreicht werden wird.

---

## **7. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Es werden keine Anfragen gestellt.

### Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 19:05 Uhr geschlossen.

Ulrike Westphal  
Ausschussvorsitz

Marc Lahmann  
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler  
Protokollführung